IHK-Politrating: Wie wirtschaftsfreundlich ist der St.Galler Kantonsrat?

Es ist Zeit, Farbe zu bekennen

Robert Stadler
Leiter Kommunikation/
Stv. Direktor IHK

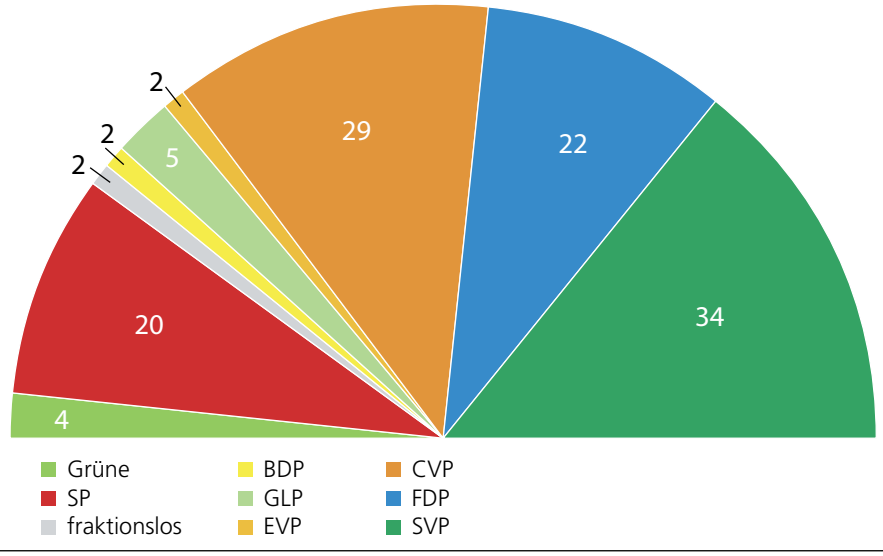
Mit einem neuen Rating der IHK lässt sich beurteilen, wie wirtschaftsfreundlich die Mitglieder des St.Galler Kantonsrates im Parlament abstimmen. Zur Halbzeitbilanz der Kantonsratslegislatur 2012 bis 2016 wird erstmals ein Zwischenresultat veröffentlicht (siehe folgende Seiten). Ziel ist es, das IHK-Politrating laufend zu aktualisieren und in regelmässigen Abständen zu veröffentlichen. Was ist die Idee hinter dem Rating und wie wurde es ausgewertet?

Parlamente sind ein Marktplatz der Ideen und der Interessenvertretungen. Um die unterschiedlichen Interessen bündeln zu können, existieren diverse parlamentarische Gruppen – natürlich in Bundesbern, aber auch in den Kantonsparlamenten. Im St.Galler Kantonsrat tummeln sich so unterschiedliche Gruppierungen wie der «Landwirtschaftliche Klub», die «Parlamentarische Arbeitsgruppe zur Förderung des öffentlichen Verkehrs», die «IG Skirennen» oder die «Ethikgruppe». Doch wie steht es um die Interessen der Wirtschaft? Wie gut und von wem werden diese in den Parlamenten verteidigt?

Wer vertritt im Kantonsrat die Interessen der Wirtschaft?

Gut ein Drittel des 120-köpfigen St.Galler Kantonsrates gehört der sogenannten Wirtschaftsgruppe des Kantonsrates an, die vom St.Galler Gewerbeverband und der Industrie- und Handelskammer (IHK) St.Gallen-Appenzell betreut wird und die Fahne der Wirtschaft hochhalten soll. Die neun Vorstandsmitglieder (mit je drei Wirtschaftsvertretern aus SVP, CVP und FDP) sowie die Fraktionspräsidenten der drei genannten Parteien identifizieren jeweils vor den Sessionen die wirtschaftsrelevanten Geschäfte und versuchen, sich auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen. Zu Beginn einer neuen Legislatur definiert die Wirtschaftsgruppe grundsätzliche Ziele und dazugehörende Massnahmen, die man im Laufe der vierjährigen Amtsdauer verfolgen möchte. Die Vorstandsmitglieder der Wirtschaftsgruppe haben schliesslich auch die Aufgabe, sich in der eigenen Fraktion und im Parlament für die Positionen der Wirtschaftsgruppe stark zu machen. Obwohl ein grosser Teil des Parlamentes sich den Vorstellungen der Wirtschaftsgruppe verschreibt, funktioniert die Mehrheitsbeschaffung im einzelnen Fall leider nicht immer ganz so gut – zu stark wiegen oft der fraktionsinterne Druck oder regionalpolitische Zwänge. Daraus ergeben sich manchmal irritierende Differenzen zwischen Ankündigung und parlamentarischer Realität. Schliesslich verfügt das St.Galler Kantonsparlament faktisch über eine satte bürgerliche Mehrheit: SVP und FDP schrammen in dieser Legislatur mit 56 Sitzen knapp an einer Mehrheit vorbei, zusammen mit CVP, EVP, GLP und BDP kommen 94 Sitze zusammen. SP und Grüne dagegen kommen nur auf 24 Sitze. Hinzu kommen zwei Fraktionslose: ein ehemaliger Grüner und eine ehemalige SVPlerin. Trotz dieser klaren Verhältnisse kommen aus wirtschaftsliberaler Sicht häufig wenig erfreuliche Resultate zustande.

Anzahl Sitze im St.Galler Kantonsrat



Anspruch und Realität

Die IHK wollte diesem Phänomen auf die Schliche kommen und wissen, wie die einzel-

nen Kantonsratsmitglieder im Rat tatsächlich abstimmen. Der einzelne Bürger weiss kaum je, wie ein von ihm gewählter Vertreter in den einzelnen Fällen abgestimmt hat. Zwar sind im Ratsinformationssystem des St.Galler Kantonsrates (www.ratsinfo.sg.ch) das Abstimmungsverhalten und die Voten aller Kantonsratsmitglieder für jedermann offen zugänglich. Aus diesen Informationen lässt sich jedoch nicht so einfach und schnell eine Positionierung der verschiedenen Politiker und Parteien ablesen. Die IHK hat deshalb eine Auswertung des Abstimmungsverhaltens in wirtschaftsrelevanten Sachfragen vorgenommen, um beurteilen zu können, wer sich wirtschaftsfreundlich verhält und wer nicht. Das so entstandene Wirtschaftsrating der Kantonalpolitiker soll einen Beitrag zur Transparenz leisten und aufdecken, bei welchen Politikern und Parteien Anspruch und Realität in Sachen Wirtschaftsfreundlichkeit auseinanderklaffen.

Folgende Abstimmungen im St.Galler Kantonsrat der Legislatur 2012–2016 wurden bisher ausgewertet und sind in das IHK-Politrating eingeflossen:

- Nachtrag zum Kinderzulagengesetz: Antrag der vorberatenden Kommission bezüglich Selbständigerwerbenden
- Pensionskassengesetz: Anträge von SVP und FDP zur höheren Beitragsbeteiligung der Arbeitnehmenden
- Voranschlag 2013: SVP-Antrag gegen Steuererhöhungen
- Sparpaket: FDP-Antrag gegen Umlagerung von Strassenfondsgeldern
- Aufgaben- und Finanzplan: Vorgabe der Finanzkommission von mindestens 150 Millionen Franken Entlastung
- Energiegesetz: Ablehnung SP-Initiative
- Energiegesetz: Ablehnung des Gegenvorschlages zur SP-Initiative
- Entlastungspaket 2013: Gesamtabstimmung über das Entlastungspaket
- Voranschlag 2014: keine vorzeitige Aufstockung des Polizeikorps
- Spitalvorlagen: Rückweisungsantrag von Huser/Häusermann zugunsten eines Schwerpunktspitals Rheintal
- Gastroprüfung: Motion zur Erschwerung des Markteintrittes

In der Pfalz wird kantonale Politik gemacht: Im Kantonsratssaal thronte einst der Fürstabt, jetzt trifft sich der Kantonsrat hier zu seinen Sessionen.

Auswahl anhand der Diskussion in der Wirtschaftsgruppe

Die wesentlichsten wirtschaftspolitischen Fragen wie die bilateralen Beziehungen zur EU und Drittstaaten oder das Arbeitsrecht werden auf Bundesebene geregelt. Die kantonalen Vorlagen haben zwar oft einen Einfluss auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, sind aber nur in seltenen Fällen im engeren Sinne entscheidend für die Wirtschaft. Bei der Beurteilung, was als wirtschaftsrelevant eingestuft wird, haben wir uns auf die Wirtschaftsgruppe des Kantonsrates abgestützt. Untersucht wurden alle Vorlagen der Legislatur mit Beginn Mitte 2012, über die im Vorstand der Wirtschaftsgruppe diskutiert wurde und die sich überhaupt auswerten liessen. Insgesamt elf Abstimmungen aus den neun Sessionen zwischen Juni 2012 und Juni 2014 wurden so für das IHK-Rating ausgewertet. Es wurde darauf geachtet, dass ähnliche Anträge nicht mehrfach gezählt wurden, um das Gesamtbild nicht zu verzerren. Beispielsweise beurteilten wir beim Entlastungspaket nicht jeden einzelnen Spar-Antrag, sondern nur die Gesamtabstimmung für oder gegen das Paket.

Einfache und objektiv nachvollziehbare Bewertung

Bei der Beurteilung wurde auf die von der IHK beschlossene Haltung respektive die Mehrheitsmeinung des Wirtschaftsgruppenvorstandes abgestützt. Gewertet wurde auf die einfachste und nachvollziehbarste Weise: Wer im Sinne der Wirtschaft stimmte, bekam pro Abstimmung einen Punkt gutgeschrieben. Wer entgegen der Haltung der IHK und/oder der Wirtschaftsgruppe stimmte oder wer keine Position einnahm (Enthaltung oder Absenz) erhielt einen Punkt abgezogen. Somit konnte ein Parlamentsmitglied in der Schlusswertung eine Punktezahl zwischen +11 (maximal wirtschaftsfreundlich) bis –11 Punkten (maximal wirtschaftsfeindlich) erreichen.
Wer an mindestens einem Drittel der wirtschaftsrelevanten Abstimmungen nicht teilgenommen hat oder bereits aus dem Rat ausgeschieden ist, wurde nicht in die Wertung aufgenommen.

Regelmässige Aufdatierung

Vor über einem Jahr wurde IHK-intern beschlossen, dass unser Verband ein Politrating einführen soll. Ziel ist es, das Rating laufend zu aktualisieren und jeweils zur Halbzeit und zum Ende einer Legislatur zu veröffentlichen. Das IHK-Politrating soll den Stimmbürgern ermöglichen, die Mitglieder des Kantonsrates nach deren tatsächlichem Stimmverhalten zu beurteilen, und gibt der IHK selbst bei späteren allfälligen Wahlempfehlungen ein objektives Kriterium zur Hand. Auf der folgenden Doppelseite finden Sie die Resultate aus der ersten Hälfte der aktuellen Legislatur und einen Kommentar zu den Ergebnissen.

Mitarbeit (Auswertung): Simon Scherrer

IHK-Politrating: Entscheidende Unterschiede zwischen kantonaler und eidgenössischer Politik

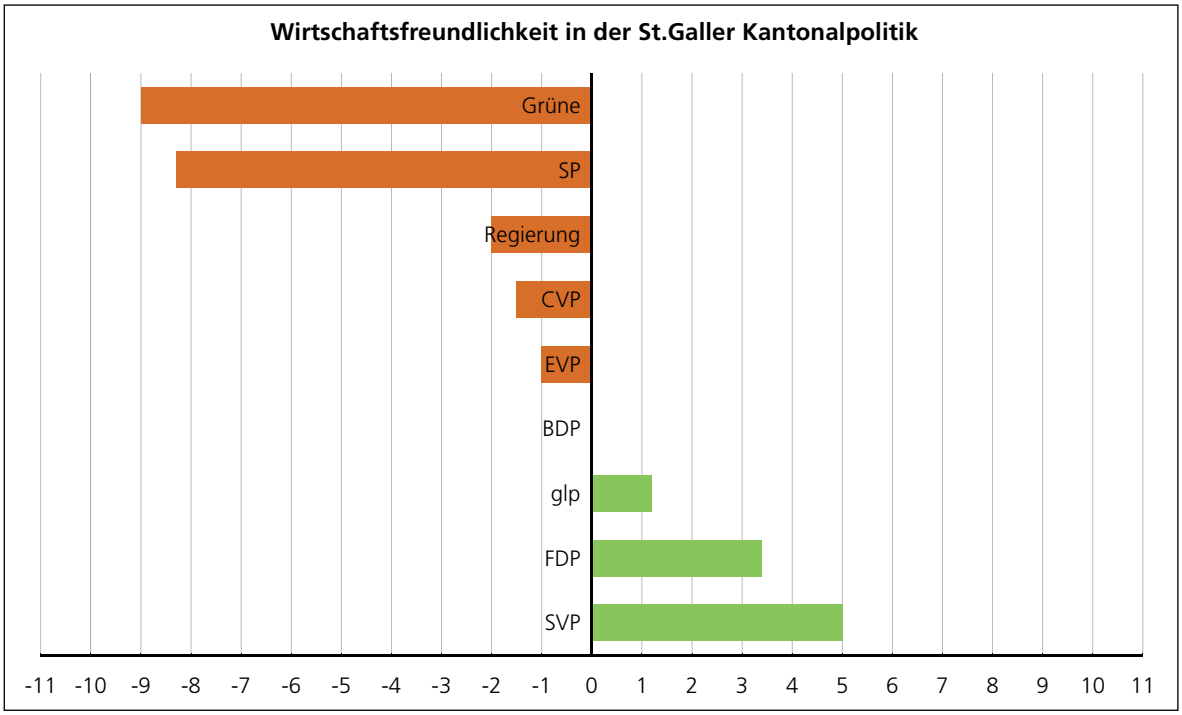
SVP: Kantonal top, national ein Flop

Robert Stadler
Leiter Kommunikation/ Stv. Direktor IHK

Gemäss dem IHK-Politrating ist die SVP noch vor der FDP und der glp die wirtschaftsfreundlichste Partei im St.Galler Kantonsrat. Würde man allerdings die nationale Politik in das Rating mit einbeziehen, sähe das Resultat anders aus. Denn in vielen entscheidenden Fragen wie dem Verhältnis zum Ausland tritt die SVP als harte Widersacherin der Wirtschaft auf. Auch die Regierung erhält keine guten Noten.

Das Ergebnis des IHK-Politratings fällt klar aus: Die SVP-Fraktion stimmte in den ersten beiden Jahren der aktuellen Legislatur am wirtschaftsfreundlichsten ab. Zwar reichte es auch der grössten Partei im Kanton St.Gallen keineswegs zu einem Glanzresultat: Mit 5 von möglichen 11 Punkten erreichte sie aber vor der FDP mit 3,4 und der glp mit 1,2 Punkten dennoch das beste Resultat. Die im eigenen Selbstverständnis ebenfalls wirtschaftsfreundliche CVP hingegen schaffte nur eine magere Wertung von –1,5. Die CVP stimmte im Schnitt also häufiger gegen als für die Wirtschaftsinteressen – nur SP und Grüne verhielten sich noch wirtschaftsfeindlicher.

Die SVP-Fraktion agierte in den vergangenen zwei Jahren insgesamt kompromissloser und konsequenter im Kantonsrat. Sie vertrat finanzpolitisch eine härtere Linie, unterstützte die Entlastungspakete und trat gegen Steuererhöhungen und Personalausbau ein. Nicht mehr auf Sparkurs blieb die SVP jedoch, als es um Sicherheitsfragen



Nicht alle als bürgerlich geltenden Parteien verhielten sich in der laufenden Legislatur wirtschaftsfreundlich. Auch die bürgerlich dominierte Regierung weist einen Minuswert aus.

ging. So stimmte sie in einer Hauruck-Übung für eine Aufstockung des Polizeikorps. Eine ebenfalls fragliche Haltung nahm sie zudem ein, als sie die Motion zur Rückgängigmachung der Liberalisierung im Gastgewerbe unterstützte; der Vorstoss stammte von einem SVP-Kantonsrat und Gastwirt.

Janusköpfige SVP

In der kantonalen Politik ist die SVP trotzdem die klar zuverlässigste Partnerin für wirtschaftliche Interessen. Würde man jedoch auch nationale Themen – die in der Regel für die Unternehmen relevanter sind – mit in die Bewertung einbeziehen, verschöbe sich das Bild zweifellos. Eine noch so wirtschaftsfreundliche Politik im Kanton nützt wenig, wenn dafür auf nationaler Ebene mit vollem Einsatz ein Erfolgsrezept wie die Personenfreizügigkeit torpediert wird. Leider verschanzt sich die SVP zu oft in einem wirtschaftspolitischen Réduit und tritt so in entscheidenden Fragen als harte Widersacherin der Unternehmen auf.
Was in der Bundespolitik manchmal eine Schwäche ist, gereicht der SVP in der kantonalen Politik zum Vorteil: ihre Unabhängigkeit. Nimmt man den Regierungsrat als Massstab, politisierte die SVP-Fraktion relativ eigenständig. Eigentlich nur folgerichtig: Schliesslich ist die wählerstärkste Partei nur mit einem Mitglied in der Regierung vertreten und hat das Selbstverständnis einer Oppositionspartei. Zudem muss sie wenig Rücksicht auf ihre Exekutivmitglieder in den Gemeinden nehmen, denn sie stellt keine Handvoll Gemeindepräsidenten der insgesamt 77 Gemeinden.

Eine Frage der Unabhängigkeit

Ganz anders verhält es sich bei CVP und FDP: Die beiden traditionsreichen Parteien besetzen die Mehrheit aller Gemeindepräsidien. Entsprechend viele Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinden sitzen für die beiden Parteien auch im Kantonsrat. Dies schafft – ob man es wahrhaben will oder nicht – Abhängigkeiten. Denn häufig genug sind die Gemeindepräsidenten als Berufspolitiker angewiesen auf eine kulante Kantonsregierung. Dass ein solcher Zusammenhang besteht, wurde bei den Abstimmungen zu den Spitalvorlagen mustergültig ersichtlich, bei denen sich ein tiefer Graben durch die FDP-Fraktion zog: Mit Ausnahme des Grabsers Paul Schlegel stimmten sämtliche in der Privatwirtschaft tätigen FDP-Kantonsratsmitglieder einem Rückweisungsantrag Huser/Häusermann zugunsten eines Schwerpunktspitals im Rheintal zu. Ansonsten wurde der Antrag in der FDP-Fraktion nur von den Gemeinde- respektive Ortsbürgerpräsidenten, einem Bauernvertreter sowie dem FDP-Fraktionschef – seines Zeichens stellvertretender Chefarzt am Kantonsspital – abgelehnt. Dies zeigt: Politiker mit einem Auskommen in der Privatwirtschaft können unabhängiger agieren.

Ärzte punkten in ihren Fraktionen

Ausnahmen bestätigen die Regel: Bei den Grünliberalen ist ausgerechnet der Gemeindepräsident Jürg Tanner der Wirtschaftsfreundlichste. Und die BDP, die frei von jeglicher Verantwortung locker und frech politisieren könnte, erzielt eine komplett ausgewogene Wertung von 0 Punkten – und macht sich damit politisch überflüssig.
Den Wirtschaftsinteressen besonders wohlgesinnt scheinen die Ärzte zu sein. Sowohl bei der FDP als auch bei der CVP gehören sie zu den bestplatzierten Ratsmitgliedern ihrer Fraktionen. Hier muss angemerkt werden, dass gerade Unternehmervertreter im Kantonsrat berufsbedingt einige Abstimmungen verpassten und deshalb aufgrund der zu geringen Stichprobe ganz aus dem IHK-Politrating fielen und so eine mögliche Spitzenpositionierung verpassten. Etwas, das bei der Beurteilung der gesamten Legislatur in zwei Jahren korrigiert werden könnte.

Bürgerliche Regierung?

Wir haben es uns nicht nehmen lassen, auch die Position der Gesamtregierung derselben Bewertung zu unterziehen: Zwar dominieren die bürgerlichen Parteien (2 FDP, 2 CVP, 1 SVP) den Regierungsrat, aber in der Positionierung kommt dies kaum zum Ausdruck. Mit einer Wertung von –2 Punkten muss man aus Wirtschaftssicht ein negatives Fazit zur Haltung der Regierung ziehen.

Die detaillierte Auswertung finden Sie unter: www.ihk.ch/ihk-politrating

Wirtschaftsfreundliche Kantonsräte mit mindestens vier Punkten (in Klammern: Partei, Punkte)

Kurt Alder (SVP, 4 Punkte), Thomas Ammann (FDP, 6), Jürg Bereuter (FDP, 6), Erwin Böhi (SVP, 6), Roman Brändle (SVP, 6), René Bühler (SVP, 6), Peter Eggenberger (SVP, 6), Mike Egger (SVP, 6), Walter Freund (SVP, 8), Verena Frick (fraktionslos, 10), Michael Götte (SVP, 4), Heinz Güntensperger (SVP, 6), Christof Hartmann (SVP, 8), Andreas Hartmann (FDP, 4), Herbert Huser (SVP, 6), Marie-Theres Huser (FDP, 4), Barbara Keller-Inhelder (SVP, 10), Walter Locher (FDP, 4), Marc Mächler (FDP, 4), Max Rombach (SVP, 4), Mirco Rossi (SVP, 8), Reinhard Rüesch (FDP, 6), Paul Schlegel (FDP, 4), Elisabeth Schnider (SVP, 8), Marianne Steiner (SVP, 6), Markus Straub (SVP, 4), Jörg Tanner (glp, 4), Linus Thalmann (SVP, 4), Toni Thoma (SVP, 8), Sandro Wasserfallen (SVP, 6), August Wehrli (SVP, 6), Andreas W. Widmer (FDP, 4), Heinz Wittenwiler (FDP, 4), Peter Zuberbühler (FDP, 4).